

Ergebnisprotokoll

über die 3. Sitzung des Ausschusses für
Grundsatzfragen nachhaltiger Regionalplanung
(VIII. Wahlperiode)
am 18. April 2013

Tagungsort: Sitzungssaal 8 A/B UG beim Regionalverband FrankfurtRheinMain,
Poststraße 16 in Frankfurt am Main

Beginn: 11:30 Uhr **Ende:** 12:45 Uhr

Teilnehmer: Herr Kai Gerfelder,
Vorsitzender des Ausschusses für Grundsatzfragen nachhaltiger
Regionalplanung

Frau Auer	Frau Hechler i.V.	Frau Dr. Reinhardt
Herr Buschmann	Herr Herkströter i.V.	Herr Röttger i.V.
Herr Figaj	Frau Huf	Frau Steiner i.V.
Herr Freier	Herr Kasseckert	Herr Urhahn
Herr Geiß	Herr Lotz	

Fraktionsvorsitzende Herr Banzer Herr Rock
Herr Schindler

Fraktionsgeschäftsführer/in: Frau Suffert Herr Röttger
Herr Jung

Obere Landesplanungsbehörde: Herr Dr. Beck Frau Güss
Herr Krämer Herr Hartz
Frau S. Mahler

Schriftführerin: Frau Scheuermann

Tagesordnung:

1. Referat Herr Prof. Dr. Ing. Hans Joachim Linke
Nachhaltiges Flächenmanagement für zukünftige Anforderungen
2. Verschiedenes

Der Vorsitzende des Ausschusses für Grundsatzfragen nachhaltiger Regionalplanung (GnR), **Herr Kai Gerfelder**, begrüßte die Anwesenden. Insbesondere begrüßte er Herrn Professor Dr. Linke vom Institut für Geodäsie -Fachgebiet Landmanagement- der TU Darmstadt.

Er stellte fest, dass die Einladung zur Sitzung form- und fristgerecht erfolgt ist. Gegen die vorliegende Tagesordnung gab es keine Einwendungen.

Zu TOP 1: Referat Herr Prof. Dr. Ing. Hans Joachim Linke
Nachhaltiges Flächenmanagement für zukünftige Anforderungen

Herr Professor Linke berichtete, dass er sich gemeinsam mit Kollegen mit dem Thema Landentwicklung, Raumordnung und insbesondere der Baulandentwicklung auseinandersetze. Man beschäftige sich u.a. mit der Frage „Wie gehen wir mit den schrumpfenden, ländlichen Räumen, insbesondere im Kontext mit der Siedlungsentwicklung um?“ Anhand einer Power-Point-Präsentation erklärte er, was unter nachhaltigem Flächenmanagement zu verstehen ist.

Die Power-Point-Präsentation ist dem Protokoll beigefügt.

Herr Buschmann (CDU) wies darauf hin, dass der von Herrn Prof. Linke angeführte Preisverfall von Grundstücken und Gebäuden derzeit gestoppt scheint und sich auf einem bestimmten Level eingependelt habe. Er habe die Beobachtung gemacht, dass wieder mehr in Immobilien investiert werde. Abschließend dankte er Herrn Prof. Linke für die vielen Informationen, auch wenn diese teilweise sehr technokratisch gedacht und in der Realität schwer anwendbar und umsetzbar seien.

Herr Prof. Linke bestätigte grundsätzlich die Feststellung von Herrn Buschmann, stellte aber klar, dass die gestiegenen Immobilienkäufe größtenteils in zentralen Orten getätigt wurden. Es gebe einen Zuzug in den Ortskernen, aber der Verlust in den peripheren Ortsteilen sei erheblich größer. Seiner Meinung nach bedarf es eines dezidierten Monitorings der Einwohner- und Gebäudeentwicklung.

Frau Huf (DIE GRÜNEN) zeigte sich erstaunt über die von Herrn Prof. Linke aufgezeigte Möglichkeit, ganze Ortsteile zu entsiedeln, da dies einen erheblichen Eingriff in das private Eigentum bedeute. Weiterhin gab sie zu bedenken, dass es immer auch eine Art Gegenbewegung gebe, d.h. dass kinderreiche Familien gezielt in solche peripheren Orte gehen, weil sich dort finanzierbarer Wohnraum finde. In diesem Zusammenhang kritisierte sie auch, dass es in Hessen kaum noch städtebauliche Förderung gibt.

Herr Prof. Linke stellte klar, dass er von keiner Zwangsumsiedlung, sondern von Förderangeboten zum Umziehen gesprochen habe. Für ihn stelle sich außerdem die Frage, ob dann, wenn die Mehrheit der Bevölkerung in den Städten wohne, der ländliche Raum noch querfinanziert werde.

Herr Geiß vertrat die Auffassung, dass eine Voraussetzung für die Entscheidung, auf dem Land zu wohnen, im Vorhandensein einer entsprechenden Infrastruktur begründet sei. Diese sei nicht nur in den Gemeinden selbst wichtig, sondern auch für die Erreichbarkeit des Arbeitsplatzes in der nächsten Großstadt.

Herr Prof. Linke erläuterte, dass der Begriff „ländlicher Raum“ schwer abgrenzbar sei. Er habe vom peripheren ländlichen Raum gesprochen, der an keiner Infrastrukturachse in Form einer Bahnlinie oder Autobahn zu einer nahegelegenen Metropolregion liegt. Dies seien die Problemräume.

Herr Gelfelder fasste zusammen, dass eine Entwicklung im ländlichen Raum an vorhandenen Verkehrsachsen immer noch möglich ist, bei Räumen, die abseits liegen, jedoch Ausweisungen von Wohn- bzw. Gewerbeflächen gut überlegt sein müssten.

Herr Urhahn (DIE GRÜNEN) stellte fest, dass er die Aussagen von Herrn Prof. Linke zwar grundsätzlich für richtig halte, sich das Thema Bevölkerungsverluste in der Region Südhessen jedoch fast umgekehrt darstelle und eher ein Zuzugsproblem bestehe. Er fragte, ob Herr Prof. Linke konkrete Untersuchungen oder belastbare Zahlen, bezogen auf den Regierungsbezirk Darmstadt, zum Thema perspektivische Entwicklung bekannt seien. Er halte dies für eine wichtige Datengrundlage für die Aufstellung des nächsten Regionalplans/RegFNP.

Herr Prof. Linke bedauerte, dass ihm konkret bezogen auf Südhessen keine Untersuchungen bekannt seien. Seine Untersuchungen/Prognosen basierten wiederum auf einer Prognose, die auf Bundesebene gemacht worden sei. Man sei von einer Zuwanderung von 100.000 bis 200.000 Einwohnern deutschlandweit ausgegangen. Tatsächlich habe es im letzten Jahr 320.000 Zuwanderer mehr als prognostiziert gegeben. Da diese Menschen Arbeit suchten, würden sie nicht in den peripheren ländlichen Raum kommen. Somit werde das Problem in der Rhein-Main-Region nochmals verstärkt.

Herr Kasseckert (CDU) bedankte sich für die interessanten Ausführungen. Er stellte fest, dass bereits viele der hier vorgetragenen Überlegungen in den RegFNP eingeflossen seien. Als Beispiel nannte er das Leitbild, in dem festgehalten ist, dass wesentliche Siedlungsgebiete nur entlang der Verkehrsachsen ausgewiesen werden sollen. Er wies darauf hin, dass der Ballungsraum von den Problemen des peripheren ländlichen Raums nicht betroffen sei. Zusammenfassend stellte er fest, dass sicherlich noch einiges verbessert oder einiges intensiver betrachtet werden kann, aber mit der in den vergangenen Jahren eingeschlagenen und im Leitbild festgeschriebenen Richtung habe man bereits richtige Akzente gesetzt.

Herr Buschmann (CDU) wies darauf hin, dass die Möglichkeiten einer Kommune, steuernd in die Entwicklung eingreifen zu können, stark von deren finanziellen Möglichkeiten abhängig sei. Er vermisse hier die Unterstützung durch das Land Hessen. Im Übrigen sei er überzeugt davon, dass es eine Gemeindegebietsverwaltung geben müsse.

Herr Figaj (DIE GRÜNEN) erläuterte am Beispiel der Stadt Lorsch, wie schwierig es ist, eine einmal begonnen Entwicklung zurückzudrehen. Durch die vermehrte Ausweisung von Siedlungs- und Gewerbeflächen in der Peripherie der Stadt habe man die Innenraumentwicklung aufgrund des fehlenden Drucks selbst vernachlässigt.

Bezugnehmend auf die Ausführungen von Herrn Kasseckert stellte **Frau Huf (DIE GRÜNEN)** fest, dass es ihrer Meinung nach durchaus noch Spielraum für Verbesserungen des RegFNP unter dem Stichwort Siedlungsentwicklung gebe. Beim Thema Eigenentwicklung müsse verstärkt darauf geachtet werden, dass diese in den Orten und nicht an deren Peripherie statt finde. Unter diesem Gesichtspunkt müsse auch über die sogenannte „Gelbflächenregelung“ des Regionalplans gesprochen werden. Unter dem Aspekt „Förderung der zentralen Orte“ müsse man auch darüber nachdenken, ob man die Regionalplanung nicht stärker mit einer Art von Städtebauförderung verbinden müsste.

Herr Hartz vertrat die Auffassung, dass bisher sicher schon vieles richtig gemacht worden sei. Den Ballungsraum betrachte er sozusagen als Selbstläufer, die gefährdeten peripheren Gebiete gelte es im Auge zu behalten. Wichtig für die Fortschreibung des Plans werde der Umgang mit der Frage der Bevölkerungsverteilung sein. Eine Möglichkeit in diesem Zusammenhang sehe er in der Ausweisung von Entwicklungsschwerpunkten.

Bezugnehmend auf die Anlage zur Einladung fragte **Herr Gerfelder** Herrn Prof. Linke, ob es aus seiner Sicht noch einen neuen Ansatzpunkt gebe, an dem die Regionalplanung konkret ansetzen könne.

Herr Prof. Linke verwies auf das Programm „Innen vor außen“, an dem auch die TU Darmstadt aktiv mitarbeite. Hier würde u.a. herausgefunden, wo sich in den Kommunen in den Ortskernen Brachflächen befänden und wie diese aktiviert werden könnten. Allerdings liege dies auf der lokalen Ebene. Die Kommunen müssten hier tätig werden und z.B. mit den Eigentümern in Kontakt treten, deren Nutzungsabsichten eruieren und Entwicklungsangebote unterbreiten.

Herr Urhahn (DIE GRÜNEN) verwies darauf, dass die Gemeinden selbst aktiv werden müssen, um Gebäude vor dem Verfall zu retten. Allerdings fehle es hier den Kommunen an finanziellem Spielraum.

Herr Prof. Linke erklärte, dass das Problem darin bestehe, betroffene Flächen zu aktivieren. Neben der Beratung der Eigentümer sehe er nur zwei Möglichkeiten - entweder der Eigentümer bekomme Geld für Eigeninitiativen oder aber es müsse auf dem Wege des Zwangs operiert werden.

Im Zusammenhang mit der Frage, was können Kommunen eigentlich leisten, verwies **Herr Gerfelder** auf die Stadt Hanau, die sich in einem großen Umbruch befinde. Um vor Ort sehen zu können wie die Stadt mit der Problematik Flächenrecycling, Konversion und Stadtumbau umgeht, werde er für die nächste Ausschusssitzung nach Hanau einladen.

Zwischenzeitlich wurde vereinbart, dass die Sitzung am 20. Juni 2013 um 13:00 Uhr in Hanau stattfindet.

Zu TOP 2: Verschiedenes

Herr Gerfelder bedankte sich für die rege Diskussion schloss um 12:45 Uhr die Sitzung.

Vorsitzender des GnR

A handwritten signature in blue ink, appearing to read 'Kai Gerfelder', written in a cursive style.

Kai Gerfelder

Schriftführerin

gez.: Conny Scheuermann